

Wolfgang Taubmann

Stadtentwicklung in der VR China – geschlossene und offene Phasen der Urbanisierung

Urban Development in the People's Republic of China – Closed and Open Phases of Urbanisation

Kurzfassung

Die traditionelle chinesische Stadt galt der Kommunistischen Partei Chinas nach 1949 als Abbild einer feudalen Gesellschaftsordnung; deshalb sollten die „Konsumenzstädte“ in „Produzentenstädte“ umgewandelt werden. Dieser Slogan war weniger das Ziel einer neuen Urbanisierungsstrategie; die Städte wurden, da das Primat des industriellen Aufbaus im Vordergrund stand, eher als kostengünstige Standorte industrieller Entwicklung gesehen. Obwohl die Lebensbedingungen in den Städten dürrig waren, löste die Industrialisierung zahlreiche Wanderungswellen vom Land in die Städte aus. Die chinesische Gesellschaft zerfiel in ein ländliches und ein städtisches Segment. Erst seit den Wirtschaftsreformen Ende der 70er Jahre begannen sich diese Strukturen langsam aufzulösen.

Abstract

The traditional Chinese city was considered by the Chinese Communist Party to be the very embodiment of the feudal system; "consumer cities" were, therefore, to be transformed into "producer cities". However, at a time when the prime focus was on building up Chinese industry, this slogan was less the aim of a new urbanisation strategy than a matter of the cities being seen as low-cost locations for industrial development. Even though living conditions in the cities were impoverished, urbanisation nonetheless repeatedly unleashed waves of migration from the countryside into the cities. Chinese society was split into a rural population and an urban population. Only with the economic reforms of the late '70s did these structures slowly begin to dissolve.

Einführung – zur historischen Ausgangslage

Bis weit in das 20. Jahrhundert war die chinesische Stadt Mittelpunkt von Herrschaft, Verwaltung und Gelehrsamkeit, aber auch von parasitärem Konsum und Unterdrückung. Die Städte als Sitz der herrschenden Klasse waren die Stützen einer feudalen Gesellschaftsordnung. Gentry, Händler und Beamte, die Mitglieder der kaiserlichen Bürokratie – zumindest bis zum Sturz des Herrscherhauses – und die Militärs verwendeten den aus der Landwirtschaft abgeschöpften Mehrwert nicht produktiv für die Anlage von Manufakturen oder Industriebetrieben, sondern in konfuzianischer Tradition und Weltsicht für das „standesgemäße“ Leben, d.h. die Pflege von Kunst, Literatur und Philosophie oder den Unterhalt des Kaiserhofes oder der Beamten in den Zentral- und Provinzverwaltungen.

Die Städte übernahmen keine Produktionsaufgaben im Rahmen einer gesellschaftlichen Arbeitsteilung, d.h. sie stellten dem agrarischen Umland keine Waren im Austausch zur Verfügung. Allenfalls wurden durch die lokalen Handwerker die Bedürfnisse der Stadtbevölkerung bzw. der Luxusbedarf der Aristokratie befriedigt. Handwerk und Handel waren zudem ständigen staatlichen Zwangs- und Überwachungsmaßnahmen ausgesetzt.¹ Im Gegensatz zu Europa konnte sich im feudalen China kein bürgerliches Stadtrecht herausbilden und damit auch keine bürgerlich-urbane Klasse, die unternehmerische Aktivitäten entfaltet hätte.

Diesen Zustand einer systembedingten Stagnation nannte Mark Elvin (1977) eine „Gleichgewichtsfalle auf hohem Niveau“. Für Max Weber war die relative Wohlhabenheit der traditionellen chinesischen Stadt nicht Folge des wirtschaftlichen und politischen Un-

ternehmungsgeistes ihrer Bewohner, sondern eher der Tatsache, daß sie Sitz der kaiserlichen Verwaltung war – ein Mandarinsitz ohne Selbstverwaltung.² Der geringe Grad städtischer Autonomie und die begrenzte städtische Unabhängigkeit galten ihm denn auch als eine der Ursachen für Chinas mangelnde Fähigkeit, einen eigenständigen Modernisierungs- und Industrialisierungsprozeß zu initiieren.³

In ihrer räumlichen Struktur war die chinesische Stadt gegliedert nach dem hierarchischen Gefüge der konfuzianisch bestimmten Gesellschaft. Dominiert in der Stadtanlage waren – je nach der Bedeutung der Stadt – das Gerichts- und Verwaltungsgebäude, die Hofanlage des jeweils höchsten Beamten oder schließlich der Palast des Herrschers. Rathaus oder Marktplatz als Ausdruck eines selbstbewußten Bürgertums wird man in chinesischen Städten vergebens suchen.

Um den Palast gruppierten sich – von innen nach außen entsprechend dem gesellschaftlichen Rang ihrer Bewohner in hierarchischer Abfolge – Wohnviertel und Wohnhöfe. Im Mikrokosmos wiederholte sich der Makrokosmos: wie China Mittelpunkt der Erde, war die Kaiserstadt Mittelpunkt des Reichs. Die Palaststadt selbst war eine Wiederholung der gesamten Stadtanlage, und schließlich war auch die einfachere Hofhausanlage ein Mikrokosmos, der entsprechend der inneren Struktur einer Familie aufgebaut war. Im Großen wie im Kleinen wurde ein klares hierarchisches Gefüge der Über- und Unterordnung sichtbar. Die Stadt war damit der Ort der Kontrolle, die unter anderem auch durch die Zusammenfassung ihrer Bewohner in – häufig ummauerte – Nachbarschaftseinheiten erleichtert wurde. Beispielsweise war Changan (heute X'ian) in 110 ummauerte Nachbarschaftseinheiten gegliedert (*fang* oder *li*) – ein deutlicher Hinweis auf die Stadt als gesellschaftliche Kontrollinstanz. Herausragende bauliche Bezugs- und Orientierungsmarken der chinesischen Städte waren also Mauern – Stadtmauern, Mauern innerhalb der Stadt um Wohnanlagen, um die innere Stadt oder um den Palast.⁴

Selbstverständlich gab es im 19. Jahrhundert eine partielle Überformung der traditionellen Stadt in China, vor allem durch die Intervention imperialistischer Mächte. Ausländische Unternehmer und ausländisches Kapital drangen in die Städte des Küstenbereichs oder am Unter- und Mittellauf der großen Flüsse ein.⁵ In ihren Interessensphären entstanden die ersten weltmarktorientierten und -abhängigen Unternehmen. Die stagnierende chinesische Gesellschaft unter einer zunehmend geschwächten kaiserlichen Zentralgewalt wurde von außen her weiter deformiert. Sie zerfiel in einen weltmarktverbundenen und einen weltmarkt abgewandten Teil.⁶ Im Einflußbereich der ausländischen Niederlassungen und modernen Industrien löste sich allmählich die alte Sozialstruktur auf. Vor allem in den kolonial überformten Städten entstanden neben

einer sich formierenden bürgerlichstädtischen Klasse ein Industrieproletariat und eine neue, westlich beeinflusste Intelligenz, die auch den Nährboden für die Entstehung der kommunistischen Partei abgab.

Die Situation der Städte nach der Gründung der VR China

Die teilweise radikalen Veränderungen der Städte seit der Gründung der Volksrepublik standen sowohl unter dem Diktat drängender Notwendigkeiten als auch unter ideologischen Vorzeichen. Bis Ende der 70er Jahre schien ein robustes industrielles Wachstum das vorherrschende Charakteristikum einer sozialistischen Produktionsweise zu sein, gepaart mit einem sehr gemäßigten Urbanisierungstempo. Die Verknüpfung von Industrialisierung und moderater Verstädterung galt für viele Länder der dritten Welt geradezu als vorbildlicher Königsweg. Nach Meinung zahlreicher westlicher Autoren war es gerade der ererbte parasitäre Charakter der Städte, der den Hintergrund einer anfänglich städtefeindlichen Politik der KPCh bildete, deren vornehmliches Ziel sich in dem Slogan ausdrückte „Konsumentenstädte in Produzentenstädte umwandeln!“.⁷

Allerdings machen neuere Arbeiten deutlich, daß die immer wieder zitierte anti-urbane Haltung maoistischer Entwicklungsstrategie eher Rhetorik und weit weniger Realität war.⁸ Zwar verlagerte sich in der Tat der Arbeitsschwerpunkt (*gonguo zhongxin*) der Kommunistischen Partei in den 30er Jahren auf das Land, aber nach 1949 war nach dem erzwungenen Ausweichen der Kommunisten auf das Land eine Rückverlagerung dieses Schwerpunktes in die Städte beabsichtigt. Die Städte galten zwar noch als Sitz der parasitären Klasse, aber nach der Machtübernahme war den städtischen Arbeitern die politisch-ideologische Führung, den Bauern nur die Nachfolge zugesacht.⁹

Vermutlich stand nach sozialistischer Produktionslogik das Primat des indu-

striellen Aufbaus als wirtschaftlicher Grundlage einer sozialistischen Gesellschaftsordnung im Vordergrund der Überlegungen. Die urbanen Zentren wurden in erster Linie als kostengünstige Standorte industrieller Entwicklung gesehen; deshalb wurden die staatlichen Investitionen zum Aufbau der Produktionsstandorte vornehmlich in die Städte gelenkt. Zwar beinhaltete dieses Entwicklungsprogramm einen gewissen großräumigen Ausgleich, weil etwa während des Ersten Fünfjahresplans (1953–1957) zahlreiche Binnenstädte als Investitionsschwerpunkte ausgewiesen wurden. Diese räumliche Verlagerung der neuen Industrieprojekte von den Küstenstädten in das Binnenland stand allerdings weniger unter dem Aspekt größerer sozialräumlicher Gerechtigkeit, wie manche westliche Autoren meinten, sondern eher unter strategischen Gesichtspunkten. Oft war auch die Anbindung an natürliche Ressourcen ausschlaggebend.

Der zentral gesteuerte Prozeß der Industrialisierung in China sollte zugleich die unausweichlichen Urbanisierungskosten so niedrig wie möglich halten. Diese Strategie hatte zahlreiche Konsequenzen für die Entwicklung der Städte und die Lebensbedingungen der Stadtbewohner.

– Die sog. unproduktiven Investitionen bzw. die Reproduktionskosten für die Arbeiter mußten so gering wie möglich gehalten werden: Der gesamte städtische Dienstleistungssektor wurde verstaatlicht und ausgedünnt; der Wohnungsbau wurde für Jahrzehnte vernachlässigt, wodurch die Wohnfläche pro städtischen Einwohner bis 1978 auf 3,6 m² schrumpfte (1997 immerhin 8,8 m²); auch die übrige städtische Infrastruktur erreichte nur einen sehr dürftigen Entwicklungsstand.¹⁰ Immer wieder verließen die Stadtbewohner ihrem Ungenügen an der unzureichenden städtischen Infrastruktur Ausdruck. Es gab eine anhaltende Diskussion um die Verteilung der Investitionen in produktive (Produktion = Skelett (*gutou*)) und nicht-produktive (städtische phy-

sische und soziale Infrastruktur = Fleisch (*rou*)) Bereiche.¹¹

- Die Reproduktion der Arbeitskräfte wurde fast vollständig den städtischen Arbeitseinheiten (*danwei*) übertragen.¹² Diese Dezentralisierung führte zu einer Fraktionierung der städtischen Gesellschaft in zahlreiche mehr oder minder geschlossene Zellen. Da die Beschäftigten im Regelfall auf dem Gelände der Einheit – sei es ein Produktionsbetrieb oder eine Institution – wohnten, überlappten sich also Produktions- und Reproduktionsräume weitgehend.
- Die Städte wurden nicht nur nach innen fraktioniert, sie mußten auch nach außen abgeschlossen werden. Obwohl die Lebensbedingungen in den Städten sehr bescheiden waren, führte der industrielle Aufbau bald zu einem wachsenden Migrantengstrom, der die Versorgung der Stadtbevölkerung zu bedrohen schien. Seit Mitte der 50er Jahre wurden die Zuwanderer immer wieder in ihre ländlichen Herkunftsregionen zurückgeschickt. Zudem wurde die Land-Stadt-Wanderung durch eine Vielzahl von Verordnungen bis zu Beginn der 80er Jahre strikt unterbunden.
- Die Landwirtschaft hatte die Erfordernisse der städtischen Produktion zu erfüllen, d. h. die landwirtschaftlichen Erzeugnisse konnten ausschließlich durch staatliche Agenturen aufgekauft und verkauft werden, und zwar zu Preisen, die in Relation zu den Industrieprodukten ständig unterbewertet waren. Damit leistete die Landwirtschaft einen erzwungenen Beitrag zur Kapitalakkumulation für die Industrie und ermöglichte zugleich eine Privilegierung der städtischen Einwohner.¹³

les Instrument das – offiziell bis in die Gegenwart gültige – System der sog. Haushaltsregistrierung eingeführt, nachdem es bereits in den Jahren davor verschiedene Versuche gegeben hatte, die Zuwanderung in die Städte zu regeln und die städtischen Haushalte differenziert zu erfassen.¹⁴ Zahlreiche durch den Nationalen Volkskongreß verabschiedete Verordnungen hatten zunächst nur das generelle Ziel, „die soziale Ordnung aufrechtzuerhalten und dem sozialistischen Aufbau zu dienen“, teilten aber de facto die chinesische Gesellschaft in ein städtisches und ländliches Segment.¹⁵

Je nach Dauerwohnsitz wurde eine Person als Mitglied eines landwirtschaftlichen bzw. ländlichen (*nongye hukou*) oder eines städtischen Haushalts (*chenzhen* oder *fei-nongye hukou*) registriert. Der Haushaltsstatus wurde über die Mutter „vererbt“, weil es für Frauen erheblich schwerer war, einen städtischen Arbeitsplatz zu finden als für Männer.¹⁶ Eine dauerhafte Verlagerung des Wohnsitzes erforderte eine Transformation des ländlichen in den städtischen Haushaltsstatus. Diese Prozedur wurde durch die örtlichen Sicherheitsbehörden überwacht und stellte eine nahezu unüberwindliche Hürde für fast alle ländlichen Einwohner dar, die in die Städte umziehen wollten.

Hintergrund dieser Maßnahme waren erhebliche Wirtschafts- und vor allem Versorgungsprobleme. Beispielsweise war die Zahl der Stadtbewohner durch exzessive Neueinstellungen in der städtischen Industrie im Jahre 1956 ganz erheblich angestiegen. Ursache war u.a. die Tendenz der staatlichen Industriebetriebe, Arbeitskräfte auf „Vorrat“ zu horten, um gegenüber Änderungen der Planvorgaben gewappnet zu sein. Allein zwischen 1957 und 1969 wuchs die Anzahl der städtischen Einwohner um mehr als 30 Mio. Die Reaktionen des Staates bestanden nicht nur in der Haushaltsregistrierung, sondern auch in wiederholten Rücksendungskampagnen von zugewanderten ländlichen Arbeitskräften (*hui xiang* = Rückkehr in die Gemeinden) bzw. später in der Politik, städti-

sche Schulabsolventen, städtische Kader und Intellektuelle „hinauf auf die Berge und hinunter aufs Land“ (*shang shan xia xiang*) zu versenden.

Das immer weiter ausgebaute System der Haushaltsregistrierung aber wurde zum institutionellen Schlüsselement, um ländliche und städtische Räume zu trennen bzw. jede unerwünschte Wanderung zu verhindern.¹⁷ Die Städte wurden mit „unsichtbaren Mauern“ vom Lande isoliert. „Cities with Invisible Walls“ betitelte etwa Kam Wing Chan sein 1994 erschienenes Buch zur Stadtentwicklung in der VR China.

Das strikte polizeiliche Meldesystem ermöglichte nur noch in wenigen Fällen einen Zuzug in die Stadt, etwa wenn ein Arbeitsplatz nachgewiesen werden konnte oder ein Studienplatz an einer Universität errungen worden war.¹⁸ Gegebenenfalls konnten Armeeangehörige eine Zuzugsgenehmigung in die Städte erhalten; ländliche Zuwanderer konnten allenfalls als Grubenarbeiter, Bauarbeiter oder für schmutzige oder körperlich anstrengende Berufe eingesetzt werden.

Der städtische Arbeitsmarkt wurde durch die vom Staat gelenkte Arbeitsplatzzuteilung reguliert. Die Beschäftigungsverträge in den staatlichen Unternehmen garantierten einen lebenslangen Arbeitsplatz (iron rice-bowl). Seit Mitte der 50er Jahre konnten sogar die Kinder die Arbeitsplätze ihrer Eltern „erben“. Ein Arbeitsplatz war wiederum Voraussetzung für den Erhalt einer Wohnung. Der gesamte Wohnungsbau und auch die Zuteilung einer Wohnung wurden vom Staat bzw. den staatlichen Unternehmen und Einheiten übernommen. Die Inhaber einer städtischen Wohnberechtigung hatten neben dem Anspruch auf einen Arbeitsplatz und billigen Wohnraum auch Anrecht auf subventionierte Nahrungsmittel und Textilien, auf freie medizinische Versorgung und Alterssicherung. Besondere Bedeutung hatte das rationierte Getreide (Weizen, Reis), das nur auf Marken (*liangpiao*) in bestimmten Läden zu erhalten und dessen Zuteilung strikt an den Besitz eines städtischen Hukou gebunden war.

Städtisch-ländliche Dichotomie

Als in den 50er Jahren der Zustrom in die Städte answoll, die Arbeitslosigkeit anstieg und die Grundversorgung bedroht schien, wurde 1958 als zentra-

Die duale Struktur kann als ein durchgreifendes Kennzeichen der chinesischen Gesellschaft während der ersten Jahrzehnte der Volksrepublik bezeichnet werden. Die Trennung von Stadt und Land bedeutete das Entstehen zweier unterschiedlicher Regulationssysteme. Die Städte wurden auch vom direkten interregionalen Warenaustausch abgekoppelt, d.h. durch das staatliche Ankauf- und Verteilungssystem war ein direkter Warenverkehr zwischen Stadt und Land unterbunden worden. Auch in administrativer Sicht waren urbane und rurale Räume deutlich voneinander isoliert. Die immer wieder propagierte Politik des Ausgleichs, die Aufhebung des aus der feudalen Gesellschaft ererbten Widerspruchs von Stadt und Land blieben nur eine rhetorische Figur.¹⁹ Die ausgeprägte Grenze zwischen Stadt und Land war bis in die letzten Jahre auch physisch zu beobachten; es gab kaum Suburbanisierungsprozesse, die Städte hatten eine sehr kompakte Gestalt. Der Übergang in das landwirtschaftlich geprägte Umland am „hard edge“ war abrupt.

Nachdem die Wanderungen zwischen Land und Stadt fast vollständig blockiert worden waren, wurde auch die berufliche Mobilität in den Städten weitgehend unterbunden. Die städtischen Beschäftigten hatten kaum noch Chancen, ihren Arbeitsplatz oder Beruf zu wechseln. Sie wurden dauerhaft an ihre Arbeitseinheit gebunden, von der sie am Ende in nahezu allen Lebensbereichen abhängig waren.

Die städtischen Arbeitseinheiten (Danweis)

Die Arbeitseinheit wurde damit die grundlegende gesellschaftliche Einheit in den Städten, deren interne zelluläre Struktur auch heute noch räumlich zu fassen ist. Nahezu alle Arbeitseinheiten sind durch Mauern abgeschlossen; die Eingangstore werden kontrolliert. Lü/Perry formulierten: „Perhaps the most distinctive feature of the danwei is its encapsulation as a community

and social cell. In some cases, the physical separation by brick walls is matched by an invisible segregation as well“.²⁰

Diese Einheiten können produktive bzw. profitorientierte Einheiten (*qiye danwei*) sein, etwa Produktions- oder Handelsbetriebe, sie können auch nicht-produktive bzw. non-profit-Einheiten (*shiye danwei*) sein wie z.B. kulturelle oder sportliche Organisationen oder sie können administrative Einheiten (*xingzheng danwei*) sein wie etwa Schulen, Krankenhäuser, Universitäten, Verwaltungseinheiten, Ministerien usw.

Einer Danwei werden u.a. folgende Eigenschaften zugeschrieben:²¹

- Eine Danwei hat das Recht, Personen einzustellen und zu entlassen oder an andere Danweis zu transferieren. Sie führt und kontrolliert die Personalakten ihrer Mitglieder, übt also direkte soziale und politische Kontrollfunktion aus.
- Innerhalb der räumlichen, meist ummauerten Einheit werden alle notwendigen Infrastruktureinrichtungen zur Verfügung gestellt. Dazu zählen Läden, Restaurants, Kliniken, Bereitstellung von Autos usw.
- Eine ländliche Gemeinde oder ein Dorf werden niemals als Danwei betrachtet, dagegen beispielsweise eine staatliche Fabrik, auch wenn sie im ländlichen Raum liegt.

Die Danwei ist nicht nur Arbeitsplatz, sondern zugleich soziale und politische Einheit, die das Leben ihrer Mitglieder umfassend regelt, aber auch kontrolliert. Ob Zuweisung eines Kindergarten- oder Schulplatzes, ob Eheschließung oder Ehescheidung, ob Familienplanung, Berufswahl oder Studienplatz, ob Stipendium, Streitschlichtung oder nur der Kauf eines Eisenbahn- oder Flugtickets, immer ist die Danwei zuständig.

Die politischen Funktionen einer Danwei zielen auf die Organisation und Kontrolle der städtischen Gesellschaft; d. h. sie übernimmt nicht nur die politi-

sche Schulung, sie ist zugleich verantwortlich für das politische Verhalten ihrer Mitglieder, auch außerhalb der Danwei. Jedes Fehlverhalten wird sofort an die Danwei berichtet und in das Dossier des Danwei-Mitglieds eingetragen.

Die Sozial- und Wohlfahrtsfunktionen einer Danwei haben in erster Linie die Aufgabe, den Staat von diesen Funktionen zu entlasten, d. h. die Reproduktionskosten zu dezentralisieren. Auf diese Weise entstanden innerhalb einer Stadt kleine eigenständige gesellschaftliche Einheiten (*xiao shehui*), in der sich soziale Sicherheit und soziale wie politische Kontrolle aufs engste verschränkten. Die Umverteilung aller Ressourcen und Lebenschancen durch die Danwei konnte leicht verknüpft werden mit Gehorsam und Unterordnung aller Mitglieder. Besonders deutlich läßt sich dies – wie auch eigene Beobachtungen zeigen – anhand der Wohnungsverteilung demonstrieren.

Gehorsam und Abhängigkeit innerhalb eines abgestuften hierarchischen Systems von Danweis waren und sind teilweise noch die grundlegenden Charakteristika städtischer Gesellschaften in China. Waren innerhalb der Danwei alle Positionen, Beziehungen und damit das Verhalten der Mitglieder zueinander im Rahmen dieses paternalistischen Systems klar geregelt, so konnten im Trans-Danwei-Bereich, d.h. „draußen in der Gesellschaft“ (*shehui shang*) alle zivilisierten Regelungen im Umgang miteinander durchaus vergessen werden; rüde Umgangsformen in der Öffentlichkeit sind insbesondere in den Millionenstädten recht häufig zu beobachten.²²

Wirtschaftliche Reformen und die Öffnung der Städte

War die urbane Entwicklung bis zur Einführung der Wirtschaftsreformen Ende der 70er Jahre durch interne Zellularisierung und Isolierung nach außen zu charakterisieren, so hat die wirtschaftliche Liberalisierung auch zu einer partiellen Öffnung der Städte geführt.

Die wirtschaftlichen Reformen seit 1979 können grob in drei Gruppen eingeteilt werden: ländliche Reformen, städtische Reformen und die sog. Öffnung nach außen. Alle drei Stränge sind miteinander verbunden und haben jeweils unterschiedlichen Einfluß auf die Stadtentwicklung. Entscheidende Aspekte der ländlichen Reformen waren die Einführung des sog. Haushaltsverantwortlichkeitssystems, das den bäuerlichen Haushalten zugeteiltes Land zur Bearbeitung überließ und erlaubte, die über eine bestimmte Quote hinaus produzierten Erzeugnisse selbst zu vermarkten, die Wiedereinführung privater Märkte und das Entstehen kollektiver wie privater ländlicher Industrie- und Gewerbebetriebe. Folge dieser Reformen waren ein rascher Wirtschaftsaufschwung im ländlichen Raum und ein ungeheurer Anstieg der sozialen wie räumlichen Mobilität der ländlichen Beschäftigten.

Die Öffnungspolitik manifestierte sich in der Errichtung von Wirtschaftssonderzonen, von sog. offenen Küstenstädten oder offenen Wirtschaftszonen ganz unterschiedlicher Art und insbesondere in dem Zufluß ausländischer Direktinvestitionen.²³

Die Bewertung der städtischen Reformen ist bislang relativ schwierig, denn sie wurden erst 1984 und damit erheblich später als die ländlichen Reformen initiiert, sie waren weniger erfolgreich und umfaßten eine ganz Reihe recht heterogener Maßnahmen. Wichtigste Ziele waren, die Autonomie lokaler Institutionen, wie z.B. der städtischen Regierungen, und der staatlichen Unternehmen zu stärken, das Besteuerungssystem effizienter zu gestalten und die stadtnahen Landkreise unter die Verwaltungshoheit der Städte zu stellen.

Besonderen Einfluß auf die Stadtentwicklung hatten die genannten Wirtschaftsreformen auf dem Lande, denn sie führten nicht nur zu dem wirtschaftlichen Wachstumsschub, sondern zugleich zu einer Freisetzung von Millionen von Arbeitskräften, die zuvor im Rahmen der kollektiven Landbewirtschaftung an ihr Team gebun-

den, aber unterbeschäftigt waren. Nach verschiedenen Schätzungen müssen etwa 150 bis 250 Mio. Bauern eine Beschäftigung in nicht-agrarischen Bereichen finden.²⁴ Nur ein Teil dieser Arbeitskräfte konnte einen Arbeitsplatz in den rasch aufblühenden ländlichen Industrie-, Gewerbe- und Handelsbetrieben finden (1996 rd. 135,1 Mio. von insgesamt 490,4 Mio. ländlichen Beschäftigten).²⁵

Da die Volkskommunen im Zuge der Wirtschaftsreformen beseitigt worden waren, sah sich die Regierung nicht mehr in der Lage, die ländliche Bevölkerung ausreichend zu kontrollieren.²⁶ Rund 60–80 Mio. der freigesetzten Bauern und ländlichen Arbeiter zogen nun in die Städte auf der Suche nach einem Arbeitsplatz. Das Entstehen dieses Migrantenstroms war sicher ein ungeplanter Nebeneffekt der ländlichen Reformen.

Zwar gelten nach wie vor die oben beschriebenen Regelungen des sog. Haushaltsregistrierungssystems, aber die Regierung konnte mit diesem Instrument den wachsenden Wanderungsdruck in die Städte nicht mehr reglementieren. Um die Kontrolle nicht vollständig aus der Hand geben zu müssen, reagierte Peking mit einer Reihe von abgestuften Maßnahmen. Zunächst wurde 1984 den Bauern erlaubt, in die Land- und Marktstädte ihres eigenen Kreises zu ziehen, wenn sie einen dauerhaften Wohnsitz und einen Arbeitsplatz bzw. eigene Geschäftstätigkeit nachweisen konnten.²⁷ Diese Regelung wurde 1997 nochmals bestätigt, zugleich wurde aber betont, daß das Haushaltsregistrierungssystem in großen Metropolen wie Beijing, Shanghai oder Tianjin weiterhin strikt eingehalten werde.²⁸

Ein Jahr später wurde für alle Einwohner über 16 Jahre eine „Resident Identification Card“ (*jumin shenfen zheng*) eingeführt, die angesichts der stark gestiegenen Mobilität die soziale Kontrolle aufrechterhalten sollte. Diese ID-Karte muß bei allen behördlichen Angelegenheiten oder bei Übernachtungen außerhalb des eigenen Wohnortes vorgelegt werden.

Eine entscheidende Schwächung erfuhr das traditionelle Hukou-System durch die Beseitigung der Nahrungsmittel-Rationierung zu Beginn der 90er Jahre. Waren bislang wichtige Grundnahrungsmittel nur bei Vorlage einer städtischen Haushaltsregistrierung verbilligt auf Märkten zu erhalten, so machte das Entstehen freier Märkte das alte System auch in den Städten obsolet. Nun waren überall Reis oder Weizen zu kaufen, wenn auch zu Preisen, die über denen in den staatlichen Läden lagen.

Etwa zur gleichen Zeit gingen viele Stadtregierungen dazu über, städtische Haushaltsregistrierungen zu verkaufen. Wer genügend Geld hatte, konnte eine „blaue“ oder „grüne“ Aufenthaltserlaubnis erwerben. Auch wenn diese Praxis von der Zentralregierung immer wieder kritisiert wurde, ist sie heute verbreitet.

Da aber die wenigsten der bäuerlichen Migranten die geforderten Preise zu zahlen in der Lage waren, sahen sich die Stadtregierungen genötigt, „vorläufige oder temporäre Registrierungskarten“ (*zhanzhuzheng*) auszustellen, die halbjährlich oder jährlich erneuert werden mußten. Die relativ flexible Handhabung der vorläufigen Aufenthaltsgenehmigungen führte dazu, daß in fast allen Städten neben den dauerhaft registrierten offiziellen Einwohnern eine mehr oder minder große Anzahl von temporären Einwohnern zu verzeichnen ist, die in der Regel unter dem sehr vage definierten Begriff der „floating population“ (*liudong renkou*) zusammengefaßt werden.

Beispielsweise wurden im November 1997 neben den rd. 12,6 Mio. offiziell registrierten Dauereinwohnern der Stadt Beijing (unter Einschluß der zu Beijing gehörigen Landkreise) 2,6 Mio. „nicht-einheimische Personen“ (*wailai renkou*) gezählt, von denen immerhin 1,81 Mio. in der Hauptstadt beschäftigt waren (mit Familienangehörigen 2,1 Mio.).²⁹ In Shanghai – Dauerbevölkerung 1997 14,6 Mio. – wurde die Zahl der sog. „floating people“ aufgrund einer Stichprobe im September 1997 auf 3,4 Mio.

geschätzt, von denen allerdings nur 1,3 Mio. eine Beschäftigung in Industrie, Handel und anderen Bereichen nachweisen konnten.³⁰

Die wenigen Daten können eindringlich belegen, daß nicht zuletzt durch den wirtschaftlichen Aufschwung des ländlichen Raumes die „unsichtbaren Mauern“ der Städte aufgebrochen worden sind. Zugleich zeigen sich aber die neuen Bruchlinien einer ehemals weitgehend egalitären städtischen Gesellschaft in diesem neu entstandenen Kontakt- und Durchdringungsbereich zwischen Stadt und Land. Die Wanderbevölkerung gehört heute zum städtischen Alltag, insbesondere in den urbanen Randbereichen. Meist sind die Migranten auf solche Arbeitsteilmärkte verwiesen, die von der Stadtbevölkerung nicht angenommen werden. Gleichwohl erscheinen die Zuwanderer vom Lande den Stadtbewohnern oft als bedrohlich, weil ihnen – nicht selten durch die offizielle Propaganda – steigende Kriminalität und Überlastung der städtischen Infrastruktur zugeschrieben werden. In der amerikanischen Diskussion wird diese Gruppe der bäuerlichen und *non-hukou*-Migranten neuerdings als „new urban underclass“ in den chinesischen Städten beschrieben, vergleichbar den ethnischen Minoritäten und Einwanderern in westlichen Städten.³¹ Zumindest aber wird deutlich, daß die bäuerlichen Zuwanderer mit nur temporärer Aufenthaltsgenehmigung oder erst recht solche, die sich illegal ohne jede offizielle Erlaubnis in den Städten aufhalten, von vielen Berufen ausgeschlossen sind, jedenfalls von dauerhafter Beschäftigung im staatlichen Sektor. In der Regel sind die ländlichen Migranten als Bauarbeiter, Kleinhändler, Reparaturhandwerker, Haus- und Kindermädchen, Garköche, als Sammler und Sortierer von Altmaterial und Abfall oder sonstige Hilfskräfte tätig. Sofern sie im staatlichen Sektor Beschäftigung finden, werden sie als Saison- oder Kontraktarbeiter für körperlich anstrengende, gefährliche oder schmutzige Tätigkeiten eingesetzt, für die sich kaum Stadtbewohner finden lassen.³² Zuwanderer ohne städtischen

Hukou genießen weder soziale Absicherung noch Arbeitsschutz. Ihre Kinder werden im Regelfall nicht in städtischen Kindergärten oder Schulen aufgenommen. Die zugewanderten Bauern (*nongmin*) oder Bauern-Arbeiter (*mingong*) gelten als Bürger zweiter Klasse. Nicht zuletzt deswegen spricht Chan von einer „two-class urban society in the making“ (1996).

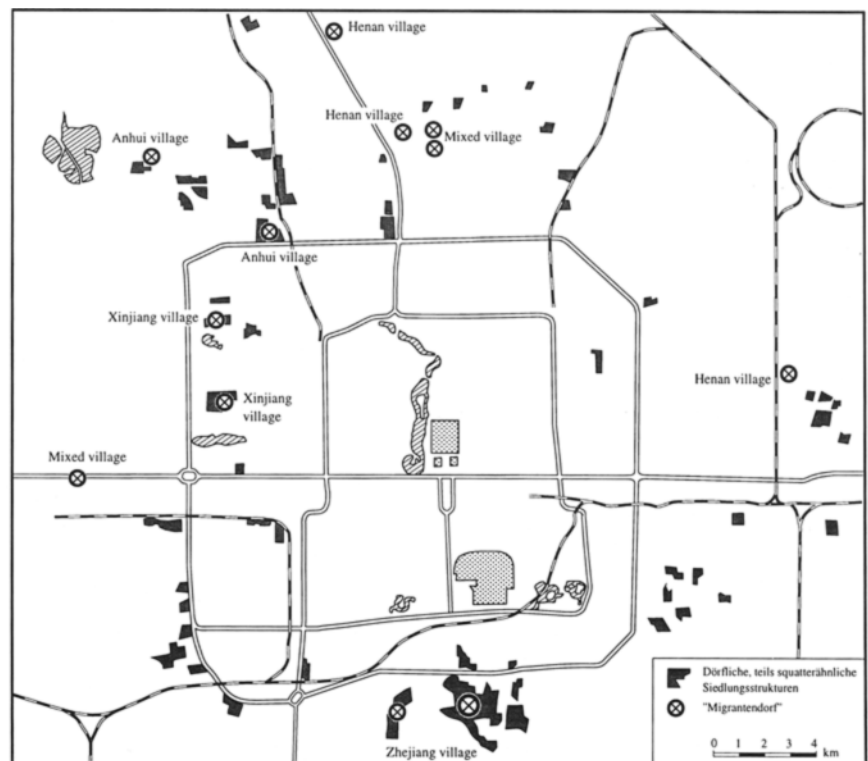
Es zeigen sich jedoch auch neue Formen, die dieses Bild differenzieren. Ein geringer Teil der bäuerlichen Migranten konnte z. B. durch Unternehmmergeist und erfolgreiche Geschäftstätigkeit in der sozialen Hierarchie nach oben klettern. In einigen Fällen ergaben sich auch Kooperationen und Zusammenarbeit zwischen Zugewanderten und Einheimischen. Beispielsweise leben häufig heimische Bauern am Stadtrand von der Vermietung von Räumen oder Lagerflächen an die Zuwanderer. Einige Danweis haben ihre Mauern – im Wortsinne – aufgebrochen und den Zugewanderten gegen Mietgebühren erlaubt, in den Lücken Kioske und kleine Ladengebäude zu errichten. Die Mehrheit der Arbeitsmigranten befindet sich aber nach wie vor

innerhalb der städtischen Gesellschaft in einer marginalen Position.

In den Migranten-Enklaven (in China wird der Begriff „Dörfer“ = *cun* benutzt), die sich zumeist am „urban fringe“ finden, entwickeln sich aber auch weitgehend selbstgesteuerte lokale Lebens- und Wirtschaftsformen. Spontan und informell entstandene „migrant communities“ lassen sich an der Peripherie zahlreicher Großstädte in China beobachten. Sie können zwischen einigen Hundert bis zu 90 000 Zuwanderer umfassen. Im Regelfall stammen die Bewohner solcher städtischen „Dörfer“ aus einem oder zwei Herkunftskreisen, manchmal sogar aus einer oder zwei Gemeinden. Bekannt sind etwa das „Wenzhou Dorf“ in Tianjin mit 45 000 Migranten, das „Subei-Dorf“ (Migranten aus Nord-Jiangsu) in Nanjing oder zahlreiche solcher Migranten-Dörfer in Beijing. Die Situation in Beijing kann die beigefügte Karte verdeutlichen, die die meisten der größeren Migranten-Dörfer enthält.

Am besten untersucht ist das „Zhejiang Dorf“ in der Hauptstadt, dessen rd. 90 000 Bewohner zum größten Teil

Migrantenquartiere („Dörfer“) in Beijing



Quelle: Gu Chaolin 1997, Xiang Biao 1998, eigene Feldarbeiten Juni 1998

aus zwei Kreisen im Süden der Provinz Zhejiang stammen.³³ Die überwiegende Mehrheit der bäuerlichen Migranten in diesem „Dorf“ lebt von Produktion und Vertrieb von textilen Produkten jeder Art. Die interne soziale und wirtschaftliche Organisation vollzieht sich weitgehend auf der Basis traditioneller landsmannschaftlicher und familiärer Netzwerke (Geschäftsbeziehungen, Hausbau, Aufbau eigener Schulen, medizinische Versorgung, Aufbau von Großhandelsmärkten usw.). Der junge Pekinger Soziologe Xiang Biao, der wohl beste Kenner des Zhejiang-Dorfes, spricht deshalb auch von einem „non-state space“, der hier durch Wanderung und traditionelle Netzwerke entstanden sei.

Zwar versucht der Staat immer wieder durch Ordnungsmaßnahmen einzugreifen, etwa durch Überprüfung der Aufenthaltsgenehmigungen, periodischen Abriß illegaler Bauten oder Rücksendung ganzer Migrantengemeinschaften; letztlich hat sich aber durch außerordentlich flexible Reaktionen der Zuwanderer an den bestehenden Zuständen nichts geändert.³⁴ Das Management durch die verschiedenen städtischen Behörden unterschiedlicher Ebenen (Stadtverwaltung, Bezirksverwaltung, Gemeindeverwaltung) ist noch unkoordiniert und von erheblichen Interessenswiderrsprüchen zwischen den einzelnen Verwaltungsebenen geprägt. Deshalb sind die Steuerungsmöglichkeiten der Verwaltungsorgane, die spontan entstandenen Migrantensiedlungen zu gestalten und zu integrieren, nach wie vor unzureichend.

Daß sich die Migrantenklaven stabilisieren konnten, liegt auch an dem engen landsmannschaftlichen wie familiären Beziehungsnetz zu den Bewohnern ihrer Herkunftsräume. Dieses Beziehungsgefüge ist die Basis für die Belieferung mit Rohstoffen, Halbfabrikaten oder Kapital, teilweise auch für den Nachschub an Arbeitskräften. Der ständige Kontakt mit den Heimatgemeinden ist zudem eine wichtige Basis für Modernisierungsimpulse in peripheren ländlichen Räumen.

Schwächung des Danwei-Systems

Die wirtschaftlichen Reformen haben nicht nur zu einer stärkeren Integration zwischen Stadt und Land geführt, sondern sie zwingen auch die staatlichen Danweis, insbesondere die staatlichen Industrieunternehmen, sich den veränderten wirtschaftlichen Bedingungen anzupassen. Zudem verlieren die staatlichen Arbeitseinheiten auf dem Arbeitsmarkt an Bedeutung. Waren 1977, d. h. vor Beginn der Wirtschaftsreformen, noch 79 % aller städtischen Beschäftigten in staatlichen und 21 % in kollektiven Einheiten tätig, so war bis 1996 der Anteil der Beschäftigung im staatlichen Sektor auf 64 % und im kollektiven auf 17 % gesunken, dagegen waren bereits 13 % im privaten Sektor als Selbständige oder abhängig Beschäftigte tätig und fast 6 % in sonstigen Einheiten, d. h. ganz überwiegend in Joint-Venture-Unternehmen.³⁵ Mehr und mehr Menschen fallen also durch die Diversifizierung der Eigentumsformen aus dem Danwei-System heraus.

Neben der wachsenden Segmentierung des Arbeitsmarktes wird sich die unausweichliche Restrukturierung der staatlichen Industrieunternehmen auf das Danwei-System auswirken. Vermutlich rd. zwei Drittel der über 300 000 Staatsbetriebe sind überschuldet und müssen von sozialen Aufgaben entlastet werden. Ihre geplante, aber immer wieder verschobene Privatisierung oder das bereits 1984 eingeführte Management-Verantwortlichkeitssystem werden vermutlich viele Millionen von städtischen Arbeitskräften freisetzen. In Mittel- und Kleinstädten NO-Chinas, deren Arbeitsmarkt von einem oder wenigen Staatsbetrieben dominiert wird, sind nach inoffiziellen Angaben jetzt schon bis zu 40 % der Beschäftigten de facto arbeitslos. Sie beziehen zwar einen formalen Grundlohn und genießen noch die soziale Sicherheit des Danwei-Systems, sitzen aber beschäftigungslos zu Hause.

Eines der wichtigsten Vorhaben, um die staatlichen Einheiten von der Last ihrer sozialen Aufgaben zu befreien,

ist der Versuch, den Wohnungsmarkt zu privatisieren. Bislang schon konnten die Beschäftigten von ihren Danweis Wohnungen zu stark verbilligten Preisen „erwerben“, allerdings mit beschränkten Verfügungsrechten. Zum 1. Juli 1998 war schließlich vorgesehen, die Zuteilung von verbilligtem Wohnraum durch den Staat bzw. staatliche Einheiten generell zu beenden. Dieses Vorhaben mußte erneut verschoben werden, weil viele Bewohner nicht einsahen, warum sie nun einen relativ hohen Anteil ihres Einkommens für den Erwerb von Wohnraum oder die Zahlung marktgerechter Mieten ausgeben sollten.³⁶

Allerdings hat sich inzwischen neben dem staatlichen Wohnungsbau ein freier Teilwohnungsmarkt entwickelt, auf den die Beschäftigten im Privatssektor oder in den Joint Ventures zunehmend verwiesen sind. Städtische Entwicklungsgesellschaften oder Bauunternehmen nehmen bei der Errichtung neuer Wohnanlagen kaum noch Rücksicht auf das traditionelle räumliche Zellenprinzip. Gebaut wird ohne jede Anbindung an Danweis, wo sich freier Raum findet, häufig ohne die Vereinbarkeit mit anderen Flächennutzungen zu beachten. Die neuen Wohnanlagen zielen insbesondere auf Manager aus Hongkong oder Übersee bzw. wohlhabende Privatwirtschaftende oder Unternehmer – die „nouveau riches“ der chinesischen Stadtgesellschaft. Im Gegensatz zu den früheren „new towns“ oder „new villages“, deren Anlage und Gestaltung Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit demonstrieren sollten, sind die neuen, oft „garden“ oder „elegant garden“ genannten Quartiere auf Repräsentation und Offenheit angelegt.³⁷

Die Allzuständigkeit der Arbeitseinheiten wird – wenn auch in langfristiger Perspektive – durch die Zentralisierung bzw. Verlagerung der Alterssicherung auf institutionalisierte Systeme weiter reduziert werden, ähnliches gilt für die Arbeitslosen- und Gesundheitsversicherung. Bislang waren die staatlichen Danweis weitgehend allein zuständig für die soziale

Absicherung ihrer Angehörigen. Die geplanten bzw. in Ansätzen schon eingeführten Reformen werden auch diese Bürden von den Einheiten nehmen.³⁸ Schließlich haben die mit Personal überbesetzten staatlichen Einheiten in vielen Fällen keine Einwände mehr gegen eine erhöhte Mobilität ihrer Angehörigen, weil damit auch der Druck gemindert werden kann, die Beschäftigungsgarantien auch einzulösen.

Ausblick

Insgesamt hat sich also die Zellularisierung und Abschottung der städtischen Gesellschaft abgeschwächt. Vermutlich werden die staatlichen Arbeitseinheiten aber das Gesicht der „Chinese Work Unit Society“ noch lange bestimmen.³⁹ Die Zellularisierung ist ja nicht nur ein Kontrollinstrument des Sozialismus, sondern ein traditioneller Charakterzug des chinesischen Kulturraumes.

Das Aufblühen der ländlichen Industrie, insbesondere in den stadt- und küstennahen ländlichen Regionen, ist z. T. auch eine Folge von Spill-Over-Effekten des städtischen Produktionssektors, der durch die Auslagerung von Produktionsstufen oder durch Kooperation mit Subunternehmen die suburbane Industrialisierung vorangetrieben hat. Das wirtschaftliche Wachstum in den periurbanen Zonen und in den Kleinstädten des metropolitanen ländlichen Raumes hat auch die Rolle der Kernstädte verändert. Sie gelten der Zentralregierung nicht mehr nur als Standorte der industriellen Produktion, sondern als allseitige Zentren innerhalb eines regionalen ökonomischen Netzwerkes.⁴⁰ Diese neue Rolle der Städte hat auch zu unterschiedlichen Entwicklungsmodellen geführt (z.B. zentrale Städte innerhalb von Wirtschaftszonen, Städte mit eigenständiger Wirtschaftsentscheidung). Insgesamt ist die wirtschaftliche Autonomie der Städte gegenüber der Zentralregierung gewachsen bzw. konnten sie sich durch ihr nach außen greifendes Wachstum der zentralen Kontrolle eher entziehen.⁴¹

Auch die wirtschaftliche und soziale Autonomie der Stadtbewohner hat zugenommen, weil die Zahl der Optionen bzw. die Wahlmöglichkeiten gestiegen sind. Diese Entwicklung schließt aber ausdrücklich den politischen Bereich aus. Das Leben in den Städten ist gegenüber den späten 70er und frühen 80er Jahren deutlich vielfältiger und anregender geworden. Daß aber mit der Schwächung der Danweis und dem Abbau lebenslanger Arbeitsplätze wachsende Unsicherheit, Arbeitslosigkeit und gegebenenfalls sozialer Abstieg für zahlreiche Beschäftigte und ihre Familien verbunden sind, scheint bislang unausweichlich.

Generell gewinnen „westliche“ Merkmale der Urbanisierung auch in chinesischen Städten Einfluß. Dazu zählen etwa der Wandel von der Groß- zur Kernfamilie, die Differenzierung der Lebensstile, das Entstehen neuer gesellschaftlicher Gruppierungen im Gefolge zunehmender privater Wirtschaftsaktivitäten oder eine wachsende Polarisierung zwischen privater und öffentlicher Sphäre.

Merkmale offener Gesellschaften prägen also zunehmend chinesische Städte. Von der herrschenden Politklasse, aber auch von einer breiten Schicht der Stadtbewohner wird eine solche Entwicklung bislang als eher risikobehaftet empfunden.

Anmerkungen

- (1) Vgl. etwa Küchler, Johannes: Stadt. In: Franke, Wolfgang; Staiger, Brunhild (Hrsg.): China Handbuch. – Düsseldorf 1974, Sp. 1309–1316; ders.: Stadterneuerung in der VR China. In: Stadtentwicklungsprozeß – Stadtentwicklungschancen: Planung in Berlin, Bologna und in der VR China. – Göttingen 1976. = Geographische Hochschulmanuskripte, H. 3, S. 137–218
- (2) Weber, Max: Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen. Konfuzianismus und Taoismus. Schriften 1915–1920 (Gesamtausgabe I/19). – Tübingen 1989
- (3) Vgl. auch Naughton, Barry: Cities in the Chinese economic system: changing roles and conditions for autonomy. In: Davis, Deborah S. u.a.

(Eds.): Urban spaces in contemporary China. A potential for autonomy and community in post-Mao China. – Cambridge 1995, S. 61

- (4) Taubmann, Wolfgang: The Chinese City. In: Ehlers, Eckart (Hrsg.): Modelling the City – Cross Cultural Perspectives. – Bonn 1992. = Colloquium Geographicum, Bd. 22, S. 108–131
- (5) Ders.: Entwicklungsprobleme der VR China. In: Geographie heute (1981) H. 4, S. 2–15
- (6) Wiethoff, Bodo: Grundzüge der neueren chinesischen Geschichte. – Darmstadt 1977. = Grundzüge, Bd. 31
- (7) Vgl. etwa Ma, Laurence J.C.: Anti-urbanism in China. In: Proceedings of the Association of American Geographers (1976) Vol. 8, S. 114–118
- (8) Vgl. Tang, W.-S.: Urbanisation in China: A Review of its Casual Mechanics and Spatial Relations. In: Progress in Planning (1997) Vol. 48, S. 1–65
- (9) Ahn, Sun Sheng: Revolution, Space and Urbanization: The Ideological Foundations of Chinese Urban Development. In: Asian Profile, Vol. 26, No. 2, April 1998, S. 91–120
- (10) China Statistical Yearbook. Versch. Jahrgänge. – Beijing
- (11) Tang, W.-S.: Urbanisation in China, a.a.O. [siehe Anm. (8)]
- (12) Wu, Fulong: Urban restructuring in China's emerging market economy: towards a framework for analysis. In: International Journal of Urban and Regional Research, Vol. 21, No. 4 (1997), S. 640–663
- (13) Ahn, Sun Sheng: Revolution, Space and Urbanization, a.a.O. [siehe Anm. (9)]
- (14) Cheng, Tiejun; Selden, Mark: The Origins and Social Consequences of China's Hukou System. In: China Quarterly 139 (1994), S. 644–668; Chan, Kam Wing: Post-Mao China: A Two-Class Urban Society in the Making. In: International Journal of Urban and Regional Research, Vol. 20, No. 1 (1996), S. 134–150
- (15) Wang, Feng: The Breakdown of a Great Wall: Recent Changes in the Household Registration in China. In: Scharping, Thomas (Hrsg.): Float-

- ing Population and Migration in China. – Hamburg 1997. = Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, 284, S. 149–165, hier: S. 151
- (16)
Mallee, Hein, Rural-Urban Migration Control in the People's Republic of China: Effects of the Recent Reforms. In: China Information, Vol. II, No. 4 (1988), S. 12–22
- (17)
Wang, Feng: The Breakdown of a Great Wall, a.a.O. [siehe Anm. (15)]
- (18)
Vgl. Scharping, Thomas: Vom Ständestaat zur mobilen Gesellschaft. Migration und Systemwandel in China. In: Geographische Zeitschrift, 83. Jg. (1996) H. 3/4, S. 137–149
- (19)
Szelenyi, I.: Cities under socialism – and after. In: Andrusz, G.; Harloe, M.; Szelenyi, I. (Eds.): Cities after socialism: urban and regional change and conflict in post-socialist societies. – Oxford 1996
- (20)
Lü, Xiaobao; Perry, Elizabeth J.: The Changing Chinese Workplace in Historical and Comparative Perspective. In: dies. (Eds.): Danwei. The Changing Chinese Workplace in Historical and Comparative Perspective. – Armonk, New York, London 1997, S. 3–17
- (21)
Vgl. u.a. ebenda; Li, Hanlin; Wang, Qi: Research on the Chinese work Unit Society. – Frankfurt a.M. u.a. 1996
- (22)
Weggel, Oskar: China. Zwischen Marx und Konfuzius. – München 1987. = Beck'sche Reihe – Aktuelle Länderkunden
- (23)
Taubmann, Wolfgang: Recent Urbanization Trends in China – Global Influences and National Strategies. – Mexico City 1999 (im Druck)
- (24)
Wang, Feng: The Breakdown of a Great Wall, a.a.O. [siehe Anm. (15)]
- (25)
Vgl. China Labour Statistical Yearbook 1997. – Beijing 1997
- (26)
Li, Hanlin: Peasant Work in Chinese City – Its Problems and Social Consequences. Mimeo, o.O. 1995
- (27)
Taubmann, Wolfgang: Migration into Rural Towns (Zhen) – Some Results of a Research Project on Rural Urbanisation in China. In: Scharping, Thomas (Hrsg.): Floating Population and Migration in China. – Hamburg 1997. = Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, 284, S. 236–263
- (28)
Inside Mainland China 2 (1998): Social Trends: Reforms to the Household Registration System Cannot Wait, S. 77–83
- (29)
Siehe Beijing Ribao v. 10.4.1998
- (30)
Xing Min Wanbao v. 29.12.1997
- (31)
Vgl. etwa Fan, C. Cindy: China's Peasant Migrants: Relevance of the Underclass Framework. Paper presented at The 2nd Sino-American Symposium on Human Geography, June 1997, Xi'an, China
- (32)
Chan, Kam Wing: Post-Mao China, a.a.O. [siehe Anm. (14)]; Li, Hanlin: Peasant Worker in Chinese City, a.a.O. [siehe Anm. (26)]
- (33)
Xiang, Biao: How to Create a Visible "Non-state Space" through Migration and Marketized Traditional Networks: An Account of a Migrant Community in China. Paper prepared for the International Workshop on "Chinese in Europe and China's Internal Migration", Oxford, July 1996; ders.: A Community without Boundary: The Basic Structure of a Migrant Enclave in Contemporary China. Paper presented at International Conference on "Labor Mobility and Migration in East Asia", Beijing, April 1998; Wang, Chunguang: Shehui Liudong he Shehui Chongguo – Jingcheng "Zhejiang Cun" Yanjiu (Gesellschaftliche Mobilität und gesellschaftliche Restrukturierung – Studien über das "Zhejiang Dorf" in Beijing). – Hangzhou 1995
- (34)
Vgl. auch Müller, Barbara: Migrantengruppen und städtische Nischenwirtschaft: Das „Zhejiang-Dorf“ in Beijing. In: China aktuell, Juli 1996, S. 678–690
- (35)
China Labour Statistical Yearbook 1997. – Beijing 1997
- (36)
Far Eastern Economic Review v. 30.7.1998
- (37)
Wu, Fulong: Urban restructuring in China's emerging market economy, a.a.O. [siehe Anm. (12)]
- (38)
Naughton, Barry: Danwei: The Economic Foundation of a Unique Institution. In: Lü, Xiaobao; Perry, Elizabeth, J. (Eds.): Danwei. The Changing Chinese Workplace in Historical and Comparative Perspective. – Armonk, New York, London 1997, S. 169–194; Hu, Aidi: Reform des Systems sozialer Sicherheit in China: Fakten und Perspektiven. In: Internationale Revue für Soziale Sicherheit, Bd. 50 (1997) H. 3, S. 51–74
- (39)
Li, Hanlin; Wang, Qi: Research on the Chinese Work Unit Society. – Frankfurt a.M. u.a. 1996
- (40)
Naughton, Barry: Cities in the Chinese economic system, a.a.O. [siehe Anm. (3)]
- (41)
Tang, W.-S.: Urbanisation in China, a.a.O. [siehe Anm. (8)]

Prof. Dr. Wolfgang Taubmann
Studiengang Geographie
FB 8 / Sozialwissenschaften
Universität Bremen
Postfach 33 04 40
28334 Bremen